

Corona – Handelspolitische (Heraus-) Forderungen

In der Corona-Krise erschweren weltweit **Zölle, Steuern und nichttarifäre Handelshemmnisse** auch den dringend nötigen Austausch von Waren zur Bekämpfung der Corona Pandemie.

- Der grenzüberschreitende Handel mit Arzneimitteln und Gesundheitsprodukten muss auch ohne Zölle sichergestellt werden. Die EU sollte alle Länder auffordern, der WTO Pharmaceutical Zero-for-Zero Initiative beizutreten und diese auf alle Pharma- und Medizingüter auszuweiten.
- Die G20-Länder sollten sich auf ein Krisenmoratorium für neue Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse einigen. Wichtig ist, dass der internationale Handel so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann. Handelskonflikte sollten schnellstmöglich beigelegt werden, um die bereits gestörten Lieferketten nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Weltweit und auch für die EU und Deutschland gelten Einschränkungen der Freizügigkeit, die auch den **Waren- und Dienstleistungsverkehr** beeinträchtigen.

- Die EU sollte zum Erhalt internationaler Lieferketten sicherstellen, dass der Waren- und Dienstleistungsverkehr nicht eingeschränkt wird. Hier ist insbesondere volle Transparenz über die getroffenen Maßnahmen und ein reibungsloser Austausch der verschiedenen, an der Überwachung beteiligten Behörden nötig.

Weltweit und auch für die EU und Deutschland wurden **Exportkontrollen für Schutzausrüstungen** eingeführt. Das deutsche Exportverbot wurde am 19.03. aufgehoben, die EU-Exportkontrollen für Drittstaaten bestehen weiter, ausgenommen sind seit dem 21.03. die EFTA- und eng mit der EU assoziierte Länder. Darüber hinaus sind Ausfuhrgenehmigungen der Mitgliedstaaten möglich, wenn die Verfügbarkeit von Schutzausrüstung dadurch nicht gefährdet wird.

- Handelsbeschränkungen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit sollten so gering und kurzfristig wie möglich ausfallen. Für die deutschen Unternehmen ist wichtig, dass zeitnah Transparenz darüber geschaffen wird, für welche Exporte sie in Deutschland eine Ausfuhrgenehmigung erhalten. Um die komplexen globalen Lieferketten aufrecht zu erhalten, sollten Ausnahme- und Genehmigungstatbestände für den Export in Drittstaaten geschaffen werden - insbesondere, für die Lieferung an ausländische Tochterunternehmen, für Lieferungen an ausländische Unternehmen der Gesundheitsbranche, für Härtefälle und nicht zuletzt für den Eigenbedarf.
- Kurzfristig sollten in Deutschland allgemeine Genehmigungstatbestände für unproblematische Fälle geschaffen werden, um deren Zollabwicklung für diese Fälle zu erleichtern.

Weltweit kommt es in der **Zollabwicklung** zu Verzögerungen beim Transport und der Bearbeitung von Originaldokumenten.

- Behörden sollten für die Einfuhr- und Ausfuhrabfertigung einen vollständig elektronischen Datenaustausch zwischen Unternehmen und Zoll ermöglichen.
- Die Verschiebung der ursprünglich für Ende 2020 im EU-Zollrecht vorgesehenen Volldigitalisierung aller Zollverfahren auf 2025 wird durch die Corona-Pandemie für Unternehmen nun doppelt schmerzhaft. Wo immer möglich sollte die Digitalisierung bislang noch analoger Zollprozesse daher intensiviert werden.

Durch die Corona-Pandemie werden Homeoffice, digitaler Handel und die digitale Vernetzung wichtiger denn je. Aus Mangel an internationalen Regelungen ist **digitaler Handel** für unilaterale Einschränkungen extrem anfällig.

- Die WTO-Mitglieder sollten das E-Commerce Moratorium auf digitale Datentransfers bis Juni 2021 um ein Jahr verlängern.
- Alle WTO-Mitglieder sollten sich bis Ende 2020 auf ein globales e-commerce-Abkommen einigen, um den digitalen Handel weltweit und diskriminierungsfrei zu regeln.
- In allen Handelsverhandlungen sollten Vereinfachungen für Güter mit Dienstleistungsanteil (Modus 5) vereinbart werden.

Weltweit ist der Großteil der **Handelsverhandlungen gestoppt**.

- Die abgesagte 12. WTO-Ministerkonferenz sollte so rasch wie nötig nachgeholt werden, zur Not in digitaler Form.
- Die Koalition der Willigen für eine Interim-Lösung zur Aufrechterhaltung der zweiten WTO-Schiedsinstanz sollten ihre Lösung sofort in Kraft setzen, damit die Corona-Krise nicht zu einer Protektionismus-Krise wird.
- Da ein bedeutender Teil der Pharma- und Medizintechnik-Lieferketten mit den USA, China, der Schweiz und Indien bestehen, sollten Verhandlungen mit diesen Ländern intensiviert werden.
- Der EU-Rat sollte das EU-Vietnam Abkommen in einer virtuellen Sitzung ratifizieren.
- Die Fragilität von globalen Lieferketten durch Protektionismus vor dem Hintergrund der Decoupling-Diskussion ist strukturell. Die EU sollte daher verstärkt die Nachbarschaftsbeziehungen ausbauen.

Verfahren zu **Handelsschutzmaßnahmen** werden erschwert, da EU-Beamte hierfür nötige Betriebsinspektionen nicht mehr durchführen können.

- Der Schutz der EU-Wirtschaft vor unfairen Handelspraktiken von Drittstaaten muss sichergestellt sein. Hierzu sollten etwa Eingabefristen für betroffene Unternehmen in den Verfahren flexibilisiert und vermehrt auf schriftliche Eingaben gesetzt werden.